



Kurzbiographien Bundeskongress

Dr. Nancy Aris, Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, studierte Russistik, Polonistik und Neueste Geschichte in Berlin, Moskau und Wrocław. Sie promovierte zur Geschichtsschreibung im Stalinismus und arbeitete zur Repressions- und Widerstandsgeschichte. Dabei widmete sie sich v. a. der Geschichte ehemaliger Haftorte und den individuellen Erfahrungen politisch Verfolgter. Von 2003 bis 2021 war sie stellvertretende, seit 2021 ist sie Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Johannes Beleites, Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur engagierte sich seit den 1980er-Jahren in der kirchlichen Friedens- und Umweltbewegung in der DDR und dokumentierte als Fotograf die Ereignisse der Friedlichen Revolution in Leipzig. 1990 war er wesentlich an der Stasi-Auflösung in Leipzig beteiligt und arbeitete am ersten Stasi-Unterlagen-Gesetz mit. In den 1990er-Jahren studierte er Jura in Göttingen und Berlin. Nach einer Tätigkeit in der Forschungsabteilung der Stasi-Unterlagen-Behörde war er Studienleiter an der Evangelischen Akademie Thüringen. Seit 2024 ist er Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Burkhard Bley, Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, arbeitete seit 1988 in einer oppositionellen Basisgruppe mit, die zur Keimzelle des Neuen Forums in den Nordbezirken der DDR wurde. Ab 1987 war er Zeitungskorrektor in der Druckerei der Schweriner Volkszeitung und seit 1992 Dokumentar im Redaktionsarchiv. 1995 schloss er sein Fernstudium an der Universität Leipzig als Diplom-Kulturwissenschaftler ab. Seit 2007 bearbeitet er die Verfolgung der SED-Diktatur, ab 2009 als Bürgerberater für die Landesbeauftragtenbehörde Mecklenburg-Vorpommern. Er baute die Anlauf- und Beratungsstelle für den Fonds „Heimerziehung in der DDR“ für Mecklenburg-Vorpommern auf und leitete diese bis zum Auslaufen des Fonds im Dezember 2018. Von 2013 bis 2023 war er stellvertretender, seit 2023 ist er Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V., wurde 1974 in der DDR nach einem Fluchtversuch inhaftiert. Seine Haft verbüßte er in Schwerin und Cottbus. 1975 kaufte ihn die Bundesrepublik frei. Er ging nach West-Berlin und setzte sich aktiv für politische Häftlinge in der DDR ein, u. a. in der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. In West-Berlin trat er auch der CDU bei und war nach der Friedlichen Revolution der erste Landrat des Kreises Rathenow. Von 1999 bis 2019 war er Abgeordneter des Brandenburger Landtags und von 2014 bis 2019 Landtagsvizepräsident. Heute ist er u. a. Vorsitzender des Vereins Menschenrechtzentrum Cottbus e. V. und Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.

Frank Ebert, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, engagierte sich seit 1988 in der Berliner Umwelt-Bibliothek und organisierte die Proteste gegen die gefälschten Kommunalwahlen in der DDR sowie die Mahnwache für die Freilassung der politisch Inhaftierten im Oktober 1989 mit. Im September 1990 besetzte er mit anderen

Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern die ehemalige MfS-Zentrale. Er war Mitbegründer und Leiter des Matthias-Domaschk-Archivs, das später Teil des Archivs der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. wurde. Dort arbeitete er von 1993 bis 2023, seit 2014 als Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und stellvertretender Geschäftsführer, und realisierte u. a. die „Lichtgrenze“ zum 25. Jahrestag des Mauerfalls. Seit 2023 ist er Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Prof. Dr. Jörg Frommer, Psychosomatiker, Psychoanalytiker, Projekt „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“,

studierte Humanmedizin sowie Philosophie, Soziologie und Psychoanalyse an der Universität Heidelberg. Bis zu seinem Ruhestand 2021 war er Professor für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie an der Universitätsmedizin und Direktor der dortigen Universitätsklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie. Zudem war er Sprecher des Verbundprojektes „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“. Das in Jena, Leipzig, Magdeburg und Rostock angesiedelte Projekt untersuchte die langfristigen Auswirkungen des SED-Regimes auf die Gesundheit von Betroffenen.

Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.,

war in der DDR zunächst Pfarrer in Rostock und engagierte sich während der Friedlichen Revolution in der Bürgerbewegung, u. a. als Mitglied des Neuen Forums in Rostock. Bei den Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 wurde er zum Abgeordneten und wenig später zum Vorsitzenden des Sonderausschusses zur Auflösung des MfS/AfNS gewählt. Er war Mitinitiator des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und von Oktober 1990 bis Oktober 2000 der erste Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Von 2012 bis 2017 war er Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.

Dr. Robert Grünbaum, Stellvertretender Direktor der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur,

studierte Politikwissenschaft, Zeitgeschichte und Germanistik an der Universität Mannheim und promovierte 1999 an der TU Chemnitz. Von 1994 bis 2000 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft der Universität Bayreuth. Seit 2000 ist er Leiter des Arbeitsbereichs Politische Bildung und seit 2001 zudem stellvertretender Direktor der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Prof. Dr. Ines Härtel, Richterin des Bundesverfassungsgerichts,

studierte von 1991 bis 1995 Rechtswissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen, promovierte dort 2001 und habilitierte sich 2005. Von 2009 bis 2014 war sie Inhaberin des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Verwaltungs-, Europa-, Agrar- und Umweltrecht an der Ruhr-Universität Bochum und zudem von 2010 bis 2014 Direktorin des dortigen Instituts für Berg- und Energierecht. Im Jahr 2014 wechselte sie an die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), wo sie den Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Verwaltungs-, Europa-, Umwelt-, Agrar- und Ernährungswirtschaftsrecht innehat und von 2015 bis 2017 Vizepräsidentin war. Von 2017 bis 2019 war sie Richterin im Nebenamt am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Des Weiteren war sie Mitglied des Digitalbeirates des Landes Brandenburg. Seit 2020 ist sie die erste in der DDR geborene Richterin des Bundesverfassungsgerichts. Ihre Schwerpunkte liegen unter anderem im Bereich Verfassungsrecht, Digitalrecht und Datenschutzrecht.

Thomas Jeutner, Pfarrer der Versöhnungsgemeinde in Berlin-Wedding, studierte in der DDR Theologie und engagierte sich Ende der 1980er-Jahre in der kirchlichen Opposition. 1989 arbeitete er als Presse-Vikar der Evangelischen Wochenzeitung „Die Kirche“. Nach seinem Gemeindevikariat in Pankow leitete er von 1992 bis 2001 die Pressestelle des Greifswalder Konsistoriums und die pommersche Redaktion der Kirchenzeitung. Im Anschluss war er Gemeindepastor in Hamburg-Sasel. Seit 2013 ist er Pfarrer der Versöhnungsgemeinde in Berlin-Wedding. Er ist Mitglied der Synode des Kirchenkreises Berlin-Nordost, gehört zur Arbeitsgemeinschaft „Erinnerungsarbeit“ kirchlicher Gedenkstätten in Berlin und ist Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Berliner Mauer.

Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, studierte in Leipzig an der Sektion Theoretische und angewandte Sprachwissenschaft. 1993 erfolgte ihre Promotion zum Thema „Sprache in der Politik. Die Analyse politischer Texte des katalanischen Nationalismus 1898–1917“. Anschließend arbeitete sie an verschiedenen Forschungs- und Ausstellungsprojekten mit. Seit 1998 war sie zunächst wissenschaftliche Mitarbeiterin, ab 2001 Direktorin und seit 2021 Vorstandsmitglied der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie ist Autorin und Herausgeberin zahlreicher Publikationen zur Alltags- und Konsumkultur in der DDR sowie zu Fragen der Erinnerungskultur.

Prof. Dr. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer, studierte Kunstgeschichte sowie Neuere und Mittelalterliche Geschichte in Bochum, München und Berlin. Nach der Promotion war er zunächst bei der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der ETH Zürich tätig. Es folgte eine wissenschaftliche Mitarbeit im DFG-Forschungsprojekt „Die Berliner Mauer als Symbol des Kalten Krieges: vom Instrument der SED-Innenpolitik zum Bau- und Denkmal von internationalem Rang“. Seit 2009 ist der Direktor der Stiftung Berliner Mauer. Zudem ist er seit 2012 Honorarprofessor für Historische Kultur- und Erinnerungslandschaften an der BTU Cottbus-Senftenberg.

Philipp Mützel, Ass. iur., Vorstandsmitglied Bürgerbüro e. V., studierte Rechtswissenschaften in Berlin und arbeitet seit Langem als Programmbereichsleiter in einem juristischen Fachverlag. Er ist Mitglied im Vorstand von Bürgerbüro e. V. – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur und hat zahlreiche Veröffentlichungen zur Wiedergutmachung von SED-Unrecht vorgelegt.

Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, engagierte sich in den 1980er-Jahren in kirchlichen Friedens- und Umweltgruppen in der DDR und war Mitherausgeberin des Oppositionsblattes „Aufbruch“ des Ökumenischen Friedenskreises der Region Forst. In den 1990er-Jahren studierte sie Soziologie, Psychologie und Erziehungswissenschaften an der Technischen Universität Berlin und promovierte 2007 an der Freien Universität Berlin. Von 1998 bis 2017 war sie in der Stiftung Berliner Mauer tätig, u. a. als Leiterin des Arbeitsbereiches Zeitzeugen und Biographieforschung, als stellvertretende Direktorin und als Leiterin der Erinnerungsstätte Notaufnahmelage Marienfelde. Sie leitete das Forschungsprojekt zu den Todesopfern an der Berliner Mauer. Seit 2017 ist sie Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.

Dr. Jens Schöne, Stellvertretender Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, studierte Neuere und Neueste Geschichte und Anglistik an der Humboldt-Universität zu Berlin und promovierte 2004 an der Freien Universität Berlin mit einer Arbeit zur Kollektivierung der Landwirtschaft. Von 2004 bis 2006 war er Mitarbeiter der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Seit 2007 ist er der Stellvertreter des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sein Publikationsschwerpunkt ist die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der DDR.

Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin, trat 1989 der CDU bei und hatte seither verschiedene Ämter in der Partei inne, u. a. ist er seit 2019 Landesvorsitzender der Berliner CDU. 1999 bis 2005 war er Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion sowie wirtschaftspolitischer Sprecher. Im Jahr 2005 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt, wo er u. a. von 2018 bis 2021 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen der CDU/CSU-Fraktion war. Seit 2021 ist er wieder Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und seit der Wiederholungswahl 2023 Regierender Bürgermeister von Berlin.

Dr. Peter Wurschi, Thüringer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Psychologie und Philosophie in Leipzig und promovierte dort mit einer Arbeit zur DDR-Jugendprotestkultur in Thüringen. Seit 2008 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Ettersberg und von 2014 bis 2016 Mitglied der Expertenkommission des Deutschen Bundestages zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes. Seit 2018 ist er Thüringer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Dr. Irmgard Zündorf, Leiterin des Bereiches Public History am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, studierte Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Soziologie sowie Politikwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum und promovierte 2004. Nach mehreren Stationen als wissenschaftliche Mitarbeiterin, u. a. am Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, leitet sie seit 2017 den Bereich Public History am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Zudem ist sie Koordinatorin des Public History Masterstudiengangs an der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte liegen in der Geschichtsvermittlung und Erinnerungskultur, mit einem Fokus auf Berlin und Potsdam.

Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, engagierte sich ab Ende der 1980er-Jahre im oppositionellen Friedenskreis Weißensee. Im Mai 1989 organisierte sie die Wahlbeobachtungen zur Kommunalwahl maßgeblich mit und machte so den Wahlbetrug öffentlich. In den Monaten danach war sie maßgeblich an den Protesten gegen den Wahlbetrug beteiligt und war Mitorganisatorin der Mahnwache an der Ostberliner Gethsemanekirche. Seit dem 17. Juni 2021 setzt sie sich als erste SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag für politische Verfolgte der SED-Diktatur ein und trägt zur Würdigung der Opfer des Kommunismus in Deutschland bei. In diesen Fragen berät sie u. a. den Deutschen Bundestag und seine Ausschüsse sowie die Bundesregierung.